

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Erwin Angerer

und weiterer Abgeordneter

**betreffend Sicherstellung der Öl- und Gasversorgung in Österreich**

eingebracht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Entschließungsantrag 2682/A der Abgeordneten Dr. Rendi-Wagner, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Preise runter statt Einmalzahlungen, die verpuffen, bevor sie ankommen, Herr Bundeskanzler!" in der 167. Sitzung des Nationalrates am 6. Juli 2022

Nicht zuletzt durch den Ukraine-Konflikt und die vor allem die eigene Bevölkerung schädigenden Sanktionen der EU kommt es zusehends zu Problemen insbesondere mit Erdgaslieferungen. Verschärft wird die Versorgungssicherheit im Bereich Energie durch einen Schadensfall in der Raffinerie Schwechat, wodurch eine Senkung der Bevorratungspflicht und die Freigabe von Pflichtnotstandsreserven von Erdöl beschlossen werden mussten.

Die aktuellen Schwierigkeiten beim Befüllen der Gasspeicher lassen auch im Bereich Erdgas spätestens mit Einsetzen der Heizsaison Knappheit befürchten, was fatale Auswirkungen auf die Industrie, die heimische Bevölkerung und damit verbunden auch auf den Arbeitsmarkt hätte.

Ein Entfall von Öl- und Gaslieferungen führt darüber hinaus unter anderem zur Beeinträchtigung der inländischen Stromerzeugung, was wiederum bereits jetzt eine Vorbereitung auf sämtliche mögliche Szenarien bis hin zu einem länger andauernden Blackout erforderlich macht.

Engpässe oder gar Ausfälle der Versorgung sowohl mit Öl und Treibstoffen als auch mit Gas sind dazu geeignet, im schlimmsten Fall die öffentliche Ruhe und Ordnung und damit die nationale Sicherheit zu gefährden.

Nach wie vor herrscht in der österreichischen Bevölkerung, bei den Endverbrauchern und insbesondere der heimischen Industrie und Wirtschaft vor dem Hintergrund der bisher intransparenten Informationspolitik der Bundesregierung in Zusammenhang mit der tatsächlichen Energieversorgungssituation große Verunsicherung.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

## **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf nationaler wie internationaler Ebene für eine Abkehr von sämtlichen Sanktionen einzusetzen, welche dazu geeignet sind,

die Versorgungssicherheit der österreichischen Bevölkerung zu gefährden und die Preise insbesondere im Bereich Energie weiter nach oben zu treiben.

Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, umfassende Transparenz herzustellen und die österreichische Bevölkerung – sowohl Endverbraucher als auch Wirtschaft und Industrie – sind über sämtliche Daten und Fakten zu informieren, welche in Zusammenhang mit dem Ist-Zustand und den möglichen zu erwartenden Entwicklungsszenarien der Versorgung mit Gas, Strom, Öl und Treibstoffen in Österreich stehen, sowie die konkreten Auswirkungen auf die Bevölkerung und die seitens der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Gewährleistung einer ausreichenden und leistbaren Versorgung mit Öl und Gas offenzulegen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich die nötigen Maßnahmen zu setzen bzw. die gesetzlichen Grundlagen vorzubereiten, um eine verlässliche staatliche Absicherung der österreichischen Gasversorgung sowie Ölversorgung für den Zeitraum von einem Jahr durch die Sicherstellung bedarfsoorientierter Beschaffungs- und im Eigentum des Bundes stehender Speicherkapazitäten sowie die Auslotung heimischer Produktionskapazitäten zu gewährleisten.“

Eduard Murer  
(Angerer)

Stephan Schmidk)

Stefan Steger

M. Rauch  
(RAUCH)

Olaf Schüffel  
(GRAT)

6/2

